

KLUB REPORT

Österreichische Post AG · SP 05Z036406 S · 1010 Wien
Impressum: Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), Landesgruppe Wien, Rathausplatz 8, 1010 Wien,
Erscheinungsort: Wien, Verlagspostamt: 1010 Wien, Verlags- und Herstellungsort: Wien | Österreichische Post AG/SP 05Z036406 S

AUSGABE O3/2024



Bildungschancen unserer Kinder sinken durch die Zuwanderung

Immer weniger Kinder in Wiens Schulen haben Deutsch als Muttersprache. Die Konsequenz ist ein stetig sinkendes Bildungsniveau, das auf Kosten der Ausbildung unseres Nachwuchses geht.

Die unkontrollierte Zuwanderung, die seit der Flüchtlingswelle 2015 beinahe ungebrochen ist, fordert nun ihren Tribut. Wien hat dadurch weit schneller als erwartet die zwei Millionen Einwohner-Grenze erreicht – ein Umstand, der zu zahlreichen Problemen führt. Denn die Infrastruktur in der Bundeshauptstadt ist auf dieses schnelle Wachstum alles andere als vorbereitet. Neben sozialpolitischer Probleme, wie der Etablierung von Parallelgesellschaften und der da-

mit einhergehenden gescheiterten Integration oder der ausufernden Gewalt, die wir vor allem in Favoriten und der Brigittenau tagtäglich zu spüren bekommen, sind es vor allem die Schulen und damit die Bildung unserer Kinder, die an der Kippe stehen.

Wie aktuelle Zahlen darlegen, haben wir ein veritables Problem an unseren Pflichtschulen. So sprechen bereits 70 Prozent der Kinder nicht mehr Deutsch. Das bedeutet,

70 Prozent der Kinder können dem Unterricht nicht folgen. 17.800 Kinder gelten in Wien inzwischen als außerordentliche Schüler, das sind also knapp 18.000 Kinder, die nicht ausreichend Deutsch sprechen, um dem Regelunterricht folgen zu können! Unter Wiens Erstklasslern hat mittlerweile ein Drittel diesen außerordentlichen Status. Besonders erschreckend daran ist die Tatsache, dass 4.767 davon, also rund 67 Prozent bereits in Österreich geboren wurden. Durch den

Bleib auch Digital stets informiert

 [instagram.com/fpoe_wien](https://www.instagram.com/fpoe_wien)

 [facebook.com/fpoevien](https://www.facebook.com/fpoevien)

 www.fpoe-wien.at



Zahlen des Monats

- 1,2 Mio. Menschen leiden in Österreich an Ernährungsarmut
- 420.000 Menschen können sich einen Tag lang kein Essen leisten
- Im Vergleich zu 2022 ist die Zahl der Menschen in absoluter Armutslage, wie die Statistik
- Austria schreibt, um mehr als 50% von 201.000 auf 336.000 gestiegen





StR Dominik Nepp
FPÖ Landesparteiobmann

Familienzusammenführung ja, aber in Syrien und Afghanistan!

Die aktuelle Debatte um die Familienzusammenführung offenbart einmal mehr die tiefe Kluft zwischen politischer Rhetorik und realen Auswirkungen auf das Leben der Wienerinnen und Wiener. Jahrelang haben wir von SPÖ-Bürgermeister Ludwig und seinem Sozialstadtrat Hacker gehört, die Höhe der Sozialhilfe würde nicht beeinflussen, wo sich Asylanten niederlassen. Nicht weniger als 57.000 Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte befinden sich in Wien in der Mindestsicherung beziehungsweise Sozialhilfe. Das entspricht 75 Prozent aller in Österreich registrierten Fälle! Die jüngsten Zahlen sprechen jedoch eine andere Sprache und bestätigen, was wir Freiheitlichen schon lange kritisieren: Die großzügige Sozialpolitik der Stadt Wien zieht tatsächlich Asylanten an. Folglich wird die Familienzusammenführung verheerende Folgen haben, wenn wir diese nicht umgehend stoppen!

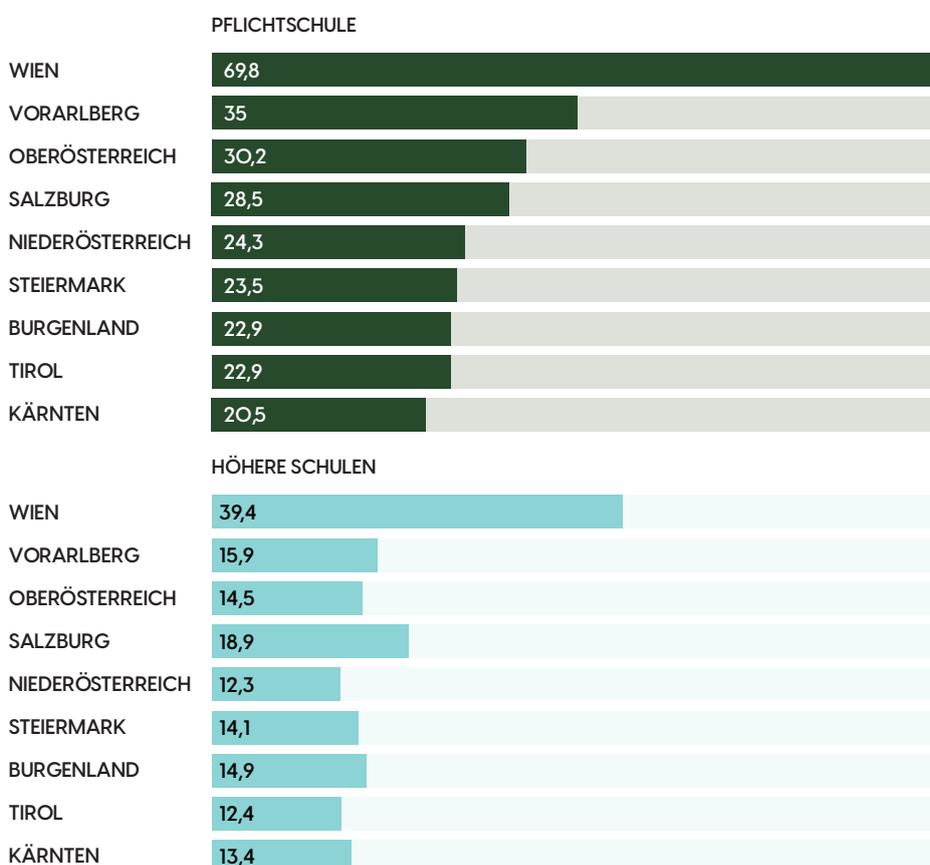
laufenden Familiennachzug wird sich die Situation noch weiter dramatisch verschärfen. 300 Kinder – vornehmlich aus Syrien – sollen pro Monat nach Wien kommen, so die Prognose! Da die Klassen bereits jetzt aus allen Nähten platzen, sieht der Wiener Bildungsstadtrat Wiederkehr die Lösung des Problems im Aufstellen von Containern, die als zusätzliche Klassenräume dienen sollen.

Die Antwort darauf, woher er das zusätzlich notwendige Lehrpersonal nehmen möchte, bleibt der pinke Vizebürgermeister jedoch schuldig. Schulexperten warnen lautstark, denn das Gros dieser Kin-

der ist nicht einmal in der eigenen Sprache alphabetisiert, können also weder lesen noch schreiben. Zudem sprechen sie naturgemäß kein Deutsch. Diese Mammutaufgabe kann nur durch eine restriktive Zuwanderungspolitik gelöst werden. Das bedeutet: Keinen weiteren Familiennachzug nach Wien! Es ist fünf vor 12 und die Leidtragenden, sollte sich der Kurs nicht rasch ändern, sind unsere Kinder. Denn durch das Absenken des Niveaus werden ihnen die Chancen auf die bestmögliche Bildung genommen. Und das in Zeiten, in denen ein hohes Bildungsniveau der einzige Garant für gute Jobs in der Zukunft ist.

ANTEIL DER SCHÜLER MIT NICHT-DEUTSCHER ALLTAGSSPRACHE

– in Prozent der Schüler an öffentlichen Schulen im Schuljahr 2022/23



Quelle: Agenda Austria



Muttertagstradition muss in Wiener Kindergärten erhalten bleiben

Es ist unverständlich, dass der Muttertag in immer mehr Wiener Kindergärten aus dem Programm genommen wird. Dies ist ein bedenklicher Trend, der eine bewährte Tradition und wichtige Gelegenheit der Wertschätzung unserer Mütter untergräbt.

Den Muttertag nicht mehr zu feiern, mit der Modernisierung und der Anpassung an diverse Familienkonstellationen zu begründen,

ist absurd. Die Wiener Freiheitlichen werden mittels Antrags im Gemeinderat dafür sorgen, dass alle Trägerorganisationen aufgefordert werden, den Muttertag wieder als festen Bestandteil in das Jahresprogramm der Kindergärten aufzunehmen. Es geht darum, den kulturellen Zusammenhalt und die Werte unserer Gesellschaft zu stärken und keinen Kniefall vor dem woken Establishment zu begehen.

Wien am Weg ins Kalifat?

Kürzlich kam es in Hamburg zu einer Kundgebung von Islamisten, die sich für eine Ausrufung des Kalifates in Deutschland lautstark ausgesprochen haben. „Kalifat ist die Lösung“, stand auf zahl-

reichen Transparenten zu lesen. In Deutschland hat man darauf rasch reagiert. Nun gilt ein Verbot, ein Kalifat in Deutschland in Wort, Bild oder Schrift zu fordern. In Wien schaut man dem Treiben von Islamisten leider noch immer tatenlos

z u .

So wurden vor wenigen Tagen die Mauern der Pfarre St. Anton in Favoriten mit islamistischen Parolen beschmiert. „Der Islam wird siegen – mit dir oder ohne dich“, stand da in großen Lettern zu lesen.

Die rot-pinke Stadtregierung hüllt sich hierzu wieder in vornehmes, wenngleich unangenehmes Schweigen. Denn ihre Untätigkeit ebnet den Weg dafür, dass immer mehr Islamisten auch bei uns das Kalifat fordern können. Die zunehmende Häufigkeit und Dreistigkeit dieser Handlungen müssen als klares Warnsignal gesehen werden, das nicht ignoriert werden darf!

Armut in Wien steigt an

Immer mehr Menschen in Wien sind von Armut betroffen und können sich ihr Leben nicht mehr leisten. Nicht nur die aktuellen Zahlen der Statistik Austria sprechen eine deutliche Sprache, auch die Wiener Sozialmärkte schlagen Alarm, weil sie die stetig steigende Kundenzahl bald nicht mehr stemmen können. Verantwortlich dafür ist allein Bürgermeister Ludwig, der die Gebühren immer weiter und weiter erhöht – zuletzt wieder für die Wiener Bäder – während sich die Menschen nicht einmal mehr die Güter des täglichen Bedarfs leisten können. Anstatt knapp eine Milliarde Euro in die Mindestsicherung für mehrheitlich Nicht-Österreicher zu pulvern, muss dieses Geld der arbeitenden Wiener Bevölkerung zur Verfügung stehen. Zudem müssen auch die Mieten im Gemeindebau auf das Niveau von 2020 gesenkt werden. Es kann nicht sein, dass sich die Stadt auf Kosten der Bürger bereichert, um es dann illegalen Zuwanderern in den Rachen zu schmeißen.

Maximilian Krauss

FPÖ Klubobmann



Helden im Einsatz

Maximilian Krauss ehrt 17 mutige Lebensretter der Wiener Berufsrettung

In einer feierlichen Zeremonie im Rathausklub der Wiener FPÖ wurden 17 Mitglieder der Wiener Berufsrettung für ihren außergewöhnlichen Mut und Einsatz geehrt.

Die Lebensretter, überwiegend Mitglieder der AUF – der Aktionsgemeinschaft Unabhängiger und Freiheitlicher –, haben im vergan-

genen Jahr durch ihr beherztes Eingreifen zahlreiche Menschenleben gerettet. Klubobmann Maximilian Krauss, der die Ehrung persönlich vornahm, betonte in seiner Rede: „Ihr Einsatz zeigt, dass Mut und Entschlossenheit in unserer Gesellschaft mehr denn je gefragt sind. Ihr seid wahre Helden des Alltags, die ohne zu zögern handeln, wenn es darauf ankommt.“

Heute stehen wir hier, um euch unseren Respekt auszusprechen. Unsere Stadt ist stolz auf euch und wir sind dankbar dafür, was ihr für uns in Wien leistet.“



128 Millionen Euro für die Zerstörung des Otto-Wagner-Areals

Die Zerstörung des weltberühmten Otto-Wagner-Spitals am Steinhof wurde durch eine 128 Mio. Euro-Geldspritze an die Wiener Standortentwicklung, die durch den Gemeinderat gewunken wurde, weiter vorangetrieben.

Da bis heute kein Nachnutzungskonzept präsentiert wurde, liegt der Verdacht nahe, dass die Wiener Steuerzahler die Aufbereitung des gesamten Areals in bester Grünruhelage u.a. für die gemein-

deeeigene Gesiba zahlen müssen. Es sollen ja bekanntlich entgegen der 2013 unterfertigten Mediationsvereinbarung geschichtsträchtige Pavillons im Osten des Areals und dabei insbesondere die „Alte Wäscherei“ mit 42 Luxuswohnungen verschanzeln, obwohl diese ausschließlich für Kunst und Kultur vorgesehen war. Auch von der eben-

falls festgeschriebenen Nutzung für wissenschaftliche Zwecke sind noch nicht einmal Ansätze zu bemerken. „Das SPÖ-Wohnbauprojekt am Steinhof mit einem geschätzten Volumen von rund 750 Mio. Euro muss daher gestoppt und jede weitere Zerstörung des einzigartigen Ensembles hintangehalten werden“, fordert der freiheitliche Planungssprecher Anton Mahdalik.

